

Antrag

der Abg. Ruben Rupp und Bernd Gögel u. a. AfD

und

Stellungnahme

des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus

Perspektiven für einen weiteren Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen Baden-Württembergs zur Republik China (Taiwan)

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Im- und Exporte Baden-Württembergs von und nach Taiwan seit dem Jahr 2011 entwickelt haben und welchen Schwerpunktbranchen diese zugeordnet werden können;
2. ob und inwieweit der Landesregierung Informationen darüber vorliegen, wie das seit dem 1. Januar 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan geltende Doppelbesteuerungsabkommen die Entwicklung der Im- und Exporte gemäß Ziffer 1 beeinflusst hat;
3. ob der Landesregierung vonseiten baden-württembergischer Unternehmen und Wirtschaftsverbänden inhaltliche Positionierungen vorliegen, die eine weitere Intensivierung wirtschaftlicher Beziehungen mit Taiwan befürworten und welche Möglichkeiten hier auf landespolitischer Ebene bestehen, diesbezügliche Initiativen aufzugreifen und begleitend zu unterstützen;
4. in welchem Umfang vonseiten der Landesregierung bereits jetzt direkte Gesprächskontakte zur Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland bestehen und inwieweit diese Ebene vonseiten Taiwans aktiv dazu genutzt wird, um bestehende wirtschaftliche Kooperationen zu pflegen und auszubauen;
5. in welcher Form die für das Jahr 2023 vorgesehene Präsentation des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg in Taiwan stattgefunden hat (vgl. Drucksache 17/2409, Seite 6) und welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aufseiten der Landesregierung daraus gezogen werden;

6. inwieweit die Landesregierung die große Bedeutung Taiwans auf dem Gebiet der Halbleiter-Industrie wegen der daraus resultierenden wirtschaftlichen Abhängigkeit als Risiko einstuft und welche Möglichkeiten hier auf landespolitischer Ebene bestehen, den Import von Halbleitern international auf weitere Handelspartner auszurichten.

13.12.2023

Rupp, Gögel, Sänze, Steyer, Lindenschmid AfD

Begründung

Als Folge der global sich verschärfenden politischen Krisen steht die Problematik zu großer wirtschaftlicher Abhängigkeiten der Bundesrepublik Deutschland von einzelnen Staaten verstärkt in der Diskussion. Die kontinuierlich zur kommunistisch regierten Volksrepublik China gestiegenen wirtschaftlichen Verflechtungen werden dabei ebenso hinterfragt, wie auf der anderen Seite die Bedeutung weltweiter strategischer Partnerschaften mit demokratisch regierten Staaten betont wird (vgl. Drucksache 17/3221, Seiten 1 bis 2).

In diesem Zusammenhang hat Taiwan als Handelspartner für die Bundesrepublik Deutschland ebenfalls eine große Bedeutung.

Zwar wird aufgrund der vonseiten der Volksrepublik China weltweit weitestgehend durchgesetzten Ein-China-Politik Taiwan nur noch von sehr wenigen Staaten diplomatisch anerkannt, doch ändert dies nichts an dessen wirtschaftlicher Bedeutung für den europäischen und damit auch für den deutschen Handelsraum. Nach den Veröffentlichungen des Statistischen Bundesamts betrug das Handelsvolumen zwischen Taiwan und der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2021 insgesamt 21,5 Mrd. US-Dollar. Taiwan importierte aus Deutschland Waren im Wert von 12,5 Mrd. US-Dollar. Für Taiwan ist Deutschland damit der größte Handelspartner in Europa.

Der Antrag hinterfragt die unmittelbare Bedeutung Taiwans für den Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg und daraus eventuell resultierende Perspektiven, auf Länderebene diese wirtschaftlichen Kontakte zu verstärken.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 18. Januar 2024 Nr. D70952/2023 nimmt das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus zu dem Antrag wie folgt Stellung:

1. Wie sich die Im- und Exporte Baden-Württembergs von und nach Taiwan seit dem Jahr 2011 entwickelt haben und welchen Schwerpunktbranchen diese zugeordnet werden können;

Zu 1.:

Der Außenhandel Baden-Württembergs mit Taiwan hat zwischen 2011 und 2022 zugenommen. So betrug das Gesamtvolumen der Warenexporte im Jahr 2011 rund 1 158 Millionen Euro und stieg insbesondere in den Jahren 2021 und 2022 auf dann rund 1 701 Millionen Euro. Das Gesamtvolumen der Warenimporte stieg von rund 1 086 Millionen Euro im Jahr 2011 sukzessive auf rund 2 444 Millionen Euro im Jahr 2022.

Außenhandelsdaten mit Taiwan (2011 – 2022)*Quelle: Statistisches Landesamt Baden-Württemberg*

<i>Jahr</i>	Warenexporte (in Mio. Euro)	Warenimporte (in Mio. Euro)
2011	1.157,733	1.086,110
2012	818,085	1.031,628
2013	914,149	1.017,788
2014	974,188	1.086,952
2015	1.092,204	1.152,069
2016	1.001,287	1.239,321
2017	1.146,742	1.371,739
2018	1.120,952	1.585,519
2019	1.088,534	1.506,921
2020	1.196,122	1.391,394
2021	1.480,144	1.733,560
2022	1.700,962	2.444,184

Die wichtigsten Exportgüter (2022) sind Kraftwagen und Kraftwagenteile mit 539,15 Millionen Euro bzw. 31,7 Prozent, gefolgt von Datenverarbeitungsgeräten, elektronischen und optischen Erzeugnissen mit 452,12 Millionen Euro bzw. 26,6 Prozent und Maschinen mit 335,74 Millionen Euro bzw. 19,7 Prozent.

Die wichtigsten Importgüter aus Taiwan (2022) sind Datenverarbeitungsgeräte, elektronische und optische Erzeugnisse mit 858,05 Millionen Euro bzw. 35,1 Prozent, gefolgt von Metallerzeugnissen mit 405,92 Millionen Euro bzw. 16,6 Prozent und Maschinen mit 332,85 Millionen Euro bzw. 13,6 Prozent.

Im Jahr 2022 liegt Taiwan damit auf dem 28. Platz im Länderranking der Exportpartner und auf dem 22. Platz im Länderranking der Importpartner Baden-Württembergs.

2. ob und inwieweit der Landesregierung Informationen darüber vorliegen, wie das seit dem 1. Januar 2013 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Taiwan geltende Doppelbesteuerungsabkommen die Entwicklung der Im- und Exporte gemäß Ziffer 1 beeinflusst hat;

Zu 2.:

Ob das am 7. November 2012 in Kraft getretene Abkommen zwischen dem Deutschen Institut in Taipeh und der Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland zur Vermeidung der Doppelbesteuerung und zur Verhinderung der Steuerverkürzung hinsichtlich der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen einen Einfluss auf die Entwicklung der Im- und Exporte zwischen Baden-Württemberg und Taiwan hat, ist der Landesregierung nicht bekannt.

Auch in Bezug auf die Handelszahlen zwischen Deutschland und Taiwan sind keine gravierenden Veränderungen im Zeitraum vor oder nach der Unterzeichnung des Abkommens erkennbar. Es scheint sich bei den Steigerungen um einen normalen, kontinuierlichen Anstieg beim Handel, sowohl im Hinblick auf deutsche Exporte nach Taiwan, als auch im Hinblick auf taiwanesischen Importe nach Deutschland, zu handeln.

3. ob der Landesregierung vonseiten baden-württembergischer Unternehmen und Wirtschaftsverbänden inhaltliche Positionierungen vorliegen, die eine weitere Intensivierung wirtschaftlicher Beziehungen mit Taiwan befürworten und welche Möglichkeiten hier auf landespolitischer Ebene bestehen, diesbezügliche Initiativen aufzugreifen und begleitend zu unterstützen;

Zu 3.:

Der Landesregierung liegen keine inhaltlichen Positionierungen zur Intensivierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit Taiwan seitens der Verbände Baden-Württembergs vor.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Baden-Württemberg und Taiwan werden gegenseitig gepflegt. So fand im September 2019 ein Wirtschaftstag Taiwan unter Beteiligung des Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus mittels Durchführung von Baden-Württemberg International statt.

Im Jahr 2023 fand zwischen der Wirtschaftsabteilung der Taipeh Vertretung in Frankfurt und Baden-Württemberg International ein Austausch über Kooperationsmöglichkeiten statt.

Für das Jahr 2024 ist seitens der IHK Exportakademie eine Incoming Delegation im Bereich Halbleiter/Smart Machinery geplant.

4. in welchem Umfang vonseiten der Landesregierung bereits jetzt direkte Gesprächskontakte zur Taipeh Vertretung in der Bundesrepublik Deutschland bestehen und inwieweit diese Ebene vonseiten Taiwans aktiv dazu genutzt wird, um bestehende wirtschaftliche Kooperationen zu pflegen und auszubauen;

Zu 4.:

Das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus pflegt einen regelmäßigen Kontakt zu den Taipeh Vertretungen in München und Frankfurt auf Ebene der Fachabteilung. Darüber hinaus fand im Jahr 2018 ein Gespräch von Herrn Ministerialdirektor Kleiner anlässlich des Besuchs einer Delegation des taiwanesischen Wirtschaftsministeriums unter Leitung des Vizeministers Ming-Hsin Kung statt. Thematisch ging es um die Themen „Smart Machinery in Taiwan“, Umsetzung der Industrie 4.0 und den Einsatz von KI in verschiedenen Industriezweigen. 2019 fand ein Gespräch von Frau Staatssekretärin Schütz mit den Leitern der Taipeh Vertretungen in München und Frankfurt statt.

5. in welcher Form die für das Jahr 2023 vorgesehene Präsentation des Wirtschaftsstandorts Baden-Württemberg in Taiwan stattgefunden hat (vgl. Drucksache 17/2409, Seite 6) und welche wirtschaftspolitischen Schlussfolgerungen aufseiten der Landesregierung daraus gezogen werden;

Zu 5.:

Eine Präsentation des Wirtschaftsstandortes Baden-Württemberg in Taiwan fand aufgrund anderweitiger Priorisierungen im Jahresprogramm 2023 nicht statt. Auch für das Jahr 2024 bestehen derzeit keine Planungen.

6. inwieweit die Landesregierung die große Bedeutung Taiwans auf dem Gebiet der Halbleiter-Industrie wegen der daraus resultierenden wirtschaftlichen Abhängigkeit als Risiko einstuft und welche Möglichkeiten hier auf landespolitischer Ebene bestehen, den Import von Halbleitern international auf weitere Handelspartner auszurichten.

Zu 6.:

Halbleiter werden in komplexen, verzweigten und global ausgerichteten Wertschöpfungsketten hergestellt: vom Design über die Produktionsanlage, Chemikalien und Fertigung bis zur Verpackung. Gemäß einer Präsentation des ZVEI zu Halbleitern vom 28. Februar 2023 beträgt der Anteil von Taiwan als Abnahmeregion am Welthalbleitermarkt sechs Prozent. Demgegenüber beträgt der Anteil von Taiwan als Standort von Produktionsstätten (inklusive Foundries) an der Weltproduktionskapazität von Halbleitern 19 Prozent (China: 21 Prozent, Südkorea: 17 Prozent, Japan: 16 Prozent, USA: 11 Prozent, EU: acht Prozent, Rest der Welt: acht Prozent). Ein besonderer Schwerpunkt der taiwanischen Halbleiterindustrie liegt in der Fertigung von Chips mit Strukturgrößen von weniger als zehn Nanometern; an der Spitze der Aktivitäten steht insbesondere das taiwanische Unternehmen TSMC.

Grundsätzlich ist es eine unternehmerische Entscheidung, von welchen globalen Geschäftspartnern und Lieferanten Halbleiterprodukte bezogen werden. Eine unmittelbare Einflussnahme des Landes auf die Auswahl von Lieferanten für den Import von Halbleitern durch baden-württembergische Unternehmen besteht nicht und wird auch nicht angestrebt.

Die Landesregierung begrüßt die mit dem EU Chips Act verbundenen Bestrebungen der Europäischen Union, den Anteil der europäischen Wertschöpfung auf dem weltweiten Markt für Chips zu steigern und ambitionierte Ziele für den Aufbau der dafür notwendigen Produktionskapazitäten in Europa zu verfolgen. Das Land Baden-Württemberg ist im September 2023 der neugegründeten Allianz europäischer Halbleiterregionen ESRA (European Semiconductor Regions Alliance) beigetreten, der 27 Regionen aus 12 EU-Mitgliedsstaaten angehören und die ihre gemeinsamen Interessen gegenüber der EU-Kommission und den EU-Institutionen artikulieren und vertreten. Hier setzt sich das Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Tourismus dafür ein, dass europäische Produktionskapazitäten im gesamten Spektrum der von der baden-württembergischen Wirtschaft benötigten Halbleiterprodukte erhöht werden und keine einseitige Fokussierung auf Höchstleistungschips mit kleinsten Strukturgrößen in Europa erfolgt.

Eine zentrale Bedeutung hat in diesem Zusammenhang das strategische IPCEI-Förderprogramm „Mikroelektronik und Kommunikationstechnologien“ der Bundesregierung. Das Programm ist zentral, um Lieferketten von Schlüsselprodukten für den Automobilbau, den Maschinenbau oder die Medizintechnik ebenso wie Komponenten für Kommunikationssysteme abzusichern. Das Land Baden-Württemberg beteiligt sich im Rahmen dieses IPCEI-Förderprogramms mit einem Finanzierungsanteil von 30 Prozent an der genehmigten Zuwendung zur Kofinanzierung von sieben Projekten von Unternehmen an Standorten in Baden-Württemberg.

Dr. Hoffmeister-Kraut
Ministerin für Wirtschaft,
Arbeit und Tourismus